

Antrag

der Abgeordneten **Vesna Schuster, Landbauer, MA, Königsberger, Aigner, Dorner, Handler, Ing. Mag. Teufel** gemäß § 32 LGO 2001

betreffend: **Verstärktes Vorgehen gegen Linksextremismus zum Schutz der Demokratie**

Ein verstärktes Vorgehen gegen linksextremistisch motivierte Straftaten ist ein dringendes Gebot der Stunde. Die Besetzung des Festsaaes der TU Wien, welcher von der Polizei geräumt werden musste, stellt nur das jüngste Beispiel von vielen dar, bei denen gewaltbereite, linksextremistische Bündnisse, Vereine und sonstige Organisationen unter dem Deckmantel des Vereins- und Demonstrationsrechts organisierte Straftaten gegen den Staat, seine Einrichtungen sowie seine Repräsentanten begehen.

Es ist dringend geboten, gegen diese Art von Gewalt, auch auf Internetplattformen, in nachhaltiger und konsequenter Weise mit erhöhtem Personal- und Mitteleinsatz vorzugehen sowie linksnahe Vereine verstärkt zu kontrollieren.

Eine sinnvolle und zu einer nachhaltigen Lösung des Problems unabdingbare Maßnahme ist es, eine Kommission zur Analyse, Sensibilisierung und Prävention zur Stärkung und Wahrung des Rechtsstaates aus Sicherheitsexperten und Linksextremismusforschern einzuberufen. Diese Kommission soll als zentrales Aufgabengebiet Handlungsempfehlungen erarbeiten, die die zunehmende Tolerierung und Unterstützung von Linksextremismus durch Teile der Gesellschaft und andere Institutionen zukünftig verhindert und somit einer damit einhergehenden zunehmenden Salonfähigkeit von Linksextremismus entgegengewirkt werden kann.

Besonders wichtig in diesem Zusammenhang sind Maßnahmen zur erhöhten medialen Aufklärung und verstärkten politischen Bildung der Öffentlichkeit. Nur durch die stärkere Verankerung von Demokratieverständnis in der Bevölkerung wird auch ein stärkeres Gefahrenbewusstsein für linksextremistische Gruppen erreicht.

Die Gefertigten stellen daher den

Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

- „1. Der NÖ Landtag spricht sich im Sinne der Antragsbegründung für ein verstärktes Vorgehen gegen Linksextremismus zum Schutz der Demokratie aus.
2. Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung an die Bundesregierung und insbesondere an den Bundesminister für Inneres heranzutreten, um ein verstärktes Vorgehen gegen Linksextremismus zum Schutz der Demokratie sicherzustellen.“

Der Herr Präsident wird ersucht, diesen Antrag dem Rechts- und Verfassungsausschuss zur Vorberatung zuzuweisen.